

So ist Politik für die Katz'!

**„Das war schon immer so. Das bleibt auch so.“
Diesen Eindruck konnte man zum Thema
Katzenschutz in Lauterbach bekommen, wenn man
die Debatte in der Stadtverordnetenversammlung
zum Thema Katzenschutzverordnung in am
16.11.2021 verfolgte. Die konservativen Parteien
stimmten gegen die Verabschiedung einer
Katzenschutzverordnung.**

Das Land Hessen ermöglicht es seit einigen Jahren den Kommunen, solche Maßnahmen vorzunehmen, wenn andere nicht greifen – und das ist in Lauterbach der Fall. Die Kastration der verwilderten Katzen durch den Tierschutz reicht nicht, denn: Aus zwei nicht gefangenen Katzen werden innerhalb von zwei Jahren 40 und mehr. Kastrationsaktionen als einzigen Weg zu sehen ist bewiesenermaßen nicht sinnvoll.

Dafür ist er aber kosten- und arbeitsintensiv: Mehrere 10.000 € veranschlagt das Tierheim Lauterbach dafür jährlich. Die Arbeit des Einfangens der Tiere, die ehrenamtlich, zumeist kostenlos und nicht ohne Risiken geleistet wird, wird weitgehend nicht gesehen. Eine Katzenschutzverordnung jedoch würde dieses Engagement flankieren, indem es dem Ehrenamt Argumente und Rechtssicherheit bietet.

Hauptsache dagegen?

Ernsthafte Argumente zur Sache wurden von den Ordnungsgegnern in der Stadtverordnetenversammlung nicht vorgebracht. Man scheute sich aber nicht, ein ausgedachtes Schreckensszenario zu malen: So stellte der Bürgermeister in Aussicht, dass auf die Stadt eine aufwändige und kostenintensive 3 bis 5-jährige Erhebung von Katzenpopulationen zukäme. Bei guter und sachgerechter Vorbereitung wäre dem Stadtobersten so ein Lapsus allerdings nicht passiert – denn sein ausgedachtes Szenario ist durch nichts gedeckt.

Sie haben auch nicht darauf hingewiesen, dass es nicht die Verwaltung ist, die eine solche Erhebung durchführen muss, sondern die Arbeit bereits durch Tierschutz, Tierärzte und Amtstierärzte geleistet wurde. Der Erlass einer Katzenschutzverordnung ist zudem nicht gebunden an eine

Vözlberg, 18. November 2021

Pressekontakt
Politik für die Katz'
Anke Feil
Zum Ahl 1
63633 Birstein

Telefon
0 66 68 - 91 99 377

eMail
presse@politik-fuer-die-katz.de

Web
politik-fuer-die-katz.de

Text-Veröffentlichung
Abdruck honorarfrei,
Belegexemplar erbeten

bestimmte Menge an verwilderten Katzen. Vielmehr hat das zuständige Bundesministerium ausdrücklich erklärt, dass ein Bestand verwilderter Populationen überhaupt festgestellt wird. Dies ist in Lauterbach sowie im ganzen Vogelsberg unbestritten der Fall.

Auch der Aufwand, eine solche Verordnung zu erstellen, wurde von den ablehnenden Fraktionen angemerkt – ebenfalls mit zu wenig Widerspruch durch die Antragsteller. Wie in vielen anderen hessischen Kommunen erfolgreich praktiziert, könnte auch Lauterbach die Satzungsvorlage des Landes Hessen benutzen. Ein paar Platzhalter müssten gefüllt und ein Stempel darunter gesetzt werden – fertig wäre die Verordnung. Ist die Stadt Lauterbach dazu nicht in der Lage?

Zirka 1000 Kommunen und Kreise im gesamten Bundesgebiet haben bisher den dringenden Bedarf einer Regelung erkannt und ermöglichen eine rechtssichere Umsetzung des Katzenschutzes für die vielen Ehrenamtlichen. In Lauterbach scheint diese Erkenntnis noch nicht angekommen zu sein. Dabei hat der Tierschutz in Deutschland seit fast 20 Jahren Verfassungsrang. In Lauterbach meint man aber wohl, dass die falsche Behauptungen über Aufwand und Kosten, die nicht anfallen, den Verfassungsauftrag zum Tierwohl aushebeln können.

Probleme werden ignoriert

Die Amtstierärzte des Vogelsbergkreises empfehlen seit Jahren, Maßnahmen wie den Erlass einer Katzenschutzverordnung zu ergreifen. Dazu haben sie in den Kommunen sogar schon Vorträge gehalten. Auch die Amtstierärzte profitieren von einer solchen Verordnung, denn sie bekommen damit eine Handlungsgrundlage, um Tierleid zu verringern.

Die hiesigen Tierschutzvereine haben ebenfalls massive Probleme: Tierheime und private Pflegestellen sind überfüllt. Es entstehen hohe Kosten durch die tierärztliche Versorgung der Katzen, denen kein Besitzer mehr zugeordnet werden kann. KatzenschützerInnen, die sich um kranke und verwilderte Hauskatzen kümmern, werden angezeigt.

Die nur schwach verteidigenden Antragssteller in der Stadtverordnetenversammlung versäumten leider darauf hinzuweisen, dass diese Daten bereits vorliegen. Schon dadurch hätte man dem Bürgermeister den Wind aus den Segeln nehmen können.

Der Vorschlag der Antragsgegner, man wolle den Tieren lieber kurzfristig helfen, indem man dem Tierheim Geld gibt, lässt zwar Großzügigkeit vermuten, belegt aber auch,

dass bei ihnen kein Verständnis des Problems vorliegt. Doch es kommt noch schlimmer: Man ist nicht bereit, den Empfehlungen derjenigen zu folgen, die sich eingehend mit dem Thema beschäftigt haben. Fachleute in hessischen Ministerien bis hin zu den lokalen TierschützerInnen, lassen keine Zweifel daran, dass eine Katzenschutzverordnung die Situation entscheidend verbessert. Warum nimmt man diese fachkundigen Stimmen nicht ernst in Lauterbach?

Gegen das Ehrenamt gestimmt

Mit der Ablehnung einer Katzenschutzverordnung stimmte die Lauterbacher Stadtverordnetenversammlung gegen das Ehrenamt, gegen das Veterinäramt und gegen den Tierschutz. Sie stimmte aber auch für verdreckte Sandkisten, für miefende Hauseingänge durch markierende Kater und für weniger Vogelvielfalt. Sie stimmte für mehr Risiko für Menschen, Haus- und Nutztiere sich mit durch kranke Katzen übertragene Krankheiten zu infizieren. Nicht zuletzt ignorierte sie auch Artikel 20a unseres Grundgesetzes – das Staatsziel des Tierschutzes. Von gewählten Stadtverordneten darf man mehr erwarten.

Eine solche Verordnung verlangt von den Haltern von Freigängerkatzen, ihre Tiere kastrieren, kennzeichnen und registrieren zu lassen. Diese Maßnahmen sind bewährt, wenn man das weit verbreitete Katzenleid eindämmen will.

Mit einer Katzenschutzverordnung wären viele dieser Probleme gelöst. Warum ignorieren die Lauterbacher Stadtverordneten trotzdem die seit Jahren bekannten Fakten?

Über Politik für die Katz'

Politik für die Katz' ist eine bundesweit tätige private und nicht-kommerzielle Organisation. Ziel ist es, das komplexe Thema Katzenschutz für diejenigen aufzubereiten, die sich für eine Katzenschutzverordnung in ihrer Kommune einsetzen.

Politik für die Katz' unterstützt lokale Initiativen bei Einführung einer Katzenschutzverordnung. Das wird umgesetzt durch die Bereitstellung von verständlich aufbereitetem Grundlagenwissen und verstärkter Öffentlichkeitsarbeit.

Politik für die Katz' ist politisch unabhängig.

Im Internet ist die Organisation unter <https://politik-fuer-die-katz.de> zu finden.